Niederschrift
über die 27. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 21. Februar 2019, 17:00 Uhr**
im Lesezimmer, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Stefan Kurt Markl, Mitglied, SPD (Vertretung für Dr. Hasina Farouq)
Anja Möller, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Petra Ullrich, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU
Boris Mijatovic, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne
Richard Klock, Mitglied, AfD
Michael Werl, Mitglied, AfD
Violetta Bock, Mitglied, Kasseler Linke (Vertretung für Vera Katrin Kaufmann)
Volker Berkhout, Mitglied, Piraten (Vertretung für Matthias Nölke)

Teilnehmer mit beratender Stimme
Dieter Pfeiffer, Vertreter des Seniorenbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates
Gerd Walter, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Norbert Strauch, Bürgeramt
Gabriele Steinbach, Amt für Schule und Bildung

Tagesordnung:

1. **Wahl einer Schriftführerin**
2. **Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Beschulung und Betreuung im Ganztag der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf** 101.18.1159
3. **Sicherer Hafen Kassel** 101.18.1165
4. **Videoüberwachung in der Unteren Königsstraße** 101.18.1185
5. **Erkenntnisse aus der Katastrophenschutzübung 2018** 101.18.1186

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 14. Februar 2019 ordnungsgemäß einberufene 27. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Stadtverordneter Sprafke beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den als Tischvorlage vorliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. **Kassel ist und bleibt ein sicherer Hafen**, 101.18.1223.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Ablehnung: CDU, AfD
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Erweiterung der Tagesordnung um den gemeinsamen Antrag der Fraktionen SPD und B90/Grüne und des Stadtverordneten Andreas Ernst betr. **Kassel ist und bleibt ein sicherer Hafen**, 101.18.1223, wird **abgelehnt.**

Stadtverordneter Sprafke beantragt, wegen Sachzusammenhang auch den Tagesordnungspunkt 3 betr. Sicherer Hafen Kassel, 101.18.1165, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne
Ablehnung: CDU, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag Tagesordnungspunkts 3 betr. Sicherer Hafen Kassel, 101.18.1165, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen, wird **zugestimmt**.

Der Antrag der Fraktion Kasseler Linke betr. Sicherer Hafen Kassel wird für die nächste Sitzung des Ausschusses vorgemerkt.

Vorsitzender Kortmann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Wahl einer Schriftführerin

Vorsitzender Kortmann schlägt Frau Sabine John, Hauptamt, Büro der Stadtverordnetenversammlung, zur Wahl als Schriftführerin vor.
Die Wahl wird per Handaufheben durchgeführt.

Wahlvorschlag

Sabine John, Hauptamt

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung wählt einstimmig
Frau Sabine John
zur Schriftführerin.

Frau John nimmt die Wahl an.

2. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Beschulung und Betreuung im Ganztag der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1159 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der Stadt Kassel und dem Landkreis Kassel über die Beschulung und die Betreuung im Ganztag der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf, Grundschule der Stadt Kassel, wird wie vorliegend abgeschlossen und ersetzt die bisherige öffentlich-rechtliche Vereinbarung aus dem Jahr 2005."

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Beschulung und Betreuung im Ganztag der Grundschüler/innen aus Vellmar-West in der Schule Jungfernkopf, 101.18.1159, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

3. Sicherer Hafen Kassel
Antrag der Fraktion Kasseler Linke
- 101.18.1165 -

Abgesetzt

4. Videoüberwachung in der Unteren Königsstraße
Antrag der CDU-Fraktion
- 101.18.1185 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Bereich der Unteren Königsstraße unverzüglich eine Video-Überwachung zu installieren und einzuführen. Die Effektivität der Videoüberwachung hat sich in der Vergangenheit nicht nur an vielen anderen Orten erwiesen. Auch die erst vor wenigen Wochen erfolgte Überführung und Festnahme des Täters einer Messerstecherei in der Nordstadt mit Hilfe der Überwachungstechnik in einer RegioTram hat gezeigt, wie sinnvoll diese Technik bei der Bekämpfung und Aufklärung von Kriminalität ist. Angesichts dieser Tatsache und der immer wieder auftretenden Gewalt- und Schwerstkriminalität im Umfeld der Unteren Königsstraße und der Jägerstraße wird in diesem Bereich unverzüglich eine Videoüberwachung installiert und eingeführt. Ein weiteres Zuwarten bis die Baumaßnahmen in der Oberen Königsstraße abgeschlossen sind, verbietet sich an dieser Stelle.

Stadtverordneter Kortmann begründet den Antrag.

Stadtrat Stochla beantwortet die Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, FDP+FW+Piraten
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Videoüberwachung in der Unteren Königsstraße, 101.18.1185, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Augustin

5. Erkenntnisse aus der Katastrophenschutzübung 2018
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1186 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Erkenntnisse zieht der Magistrat aus der KatS-Übung 2018 der Stadt Kassel vom 20.10.2018?
2. Wie ist in diesem Zusammenhang der aktuelle Stand der Umsetzung des Bedarfs- und Entwicklungsplans der Feuerwehr Kassel aus dem Frühjahr 2017 zu bewerten?
3. Inwieweit ist der Magistrat bereit, die Aus- und Weiterbildung der Einsatzkräfte der Einheiten des Katastrophenschutzes weiter zu fördern?
4. Wann wird die nächste Einsatzübung in vergleichbarer Größe in Kassel durchgeführt?
5. Werden dabei dann alle Fachdienste des Katastrophenschutzes beteiligt?
6. Für wann ist die nächste Stabsübung geplant?
7. Welche Mittel, Ausrüstungen und Fahrzeuge für die Einheiten des Katastrophenschutzes sind im kommenden Jahr vom Land Hessen zu erwarten?
8. Wie ist konkret die Einweisung auf die neuen Geräte und Fahrzeuge geplant?
9. Wie wird die Ausbildung der einzelnen Einheiten des KatS in Kassel im Hinblick auf gemeinsame Einsätze koordiniert?
10. Wie viele Einsatzkräfte des KatS in Kassel verfügen über eine Vollausbildung entsprechend ihrer konkreten Verwendung?
11. Wie wird der Ausbildungsstand der Einheiten des KatS zwischen Großübungen überprüft?

Stadtverordneter Kortmann, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und im Anschluss die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die Antwort auf die Frage des Stadtverordneten Mijatovic zur Anzahl der Beteiligten an der Katastrophenschutzübung wird nachgereicht.

Nach Mitteilung von Stadtrat Stochla haben sich insgesamt 400 Personen an der Katastrophenschutzübung beteiligt, davon 260 übende Helfer, 60 Verletztendarsteller und weitere 80 Personen für Übungsleitung und –organisation. Weiterhin waren 80 Fahrzeuge im Einsatz.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 17.41 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin